

Positionspapier Grundsätze JFBS

Mehr Freiheit – weniger Staat

1. Jeder Mensch hat das Recht, über sein Leben frei entscheiden zu dürfen.
2. Die körperliche Unversehrtheit und das Eigentum eines jeden Menschen muss geschützt werden.
3. Wir setzen uns für die Jugend in unserer Gesellschaft ein.
4. Wir stehen neuen Ideen und Innovationen offen gegenüber.
5. Wir sind eine wirtschafts- und gesellschaftsliberale Partei.
6. Wir bekennen uns zur freien Marktwirtschaft.

Wir fordern...

- Regionalpolitik** ... eine Fusion von Basel-Land und Basel-Stadt.
... eine Intensivierung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit.
- Bildungspolitik** ... die Stärkung der Autonomie von Universitäten und Hochschulen.
... die Stärkung des dualen Bildungssystems.
... die Einführung eines Schulfachs Politik in der obligatorischen Schulzeit.
- Verkehrspolitik** ... den Bau eines Hochgeschwindigkeits-Verkehrsnetzes.
... die Verwirklichung des Projekts „Herzstück Basel“.
... genügend Parkraum an der Peripherie der Innenstadt.
- Energiepolitik** ... die komplette Liberalisierung des Strommarktes.
... die Abschaffung sämtlicher Subventionen im Energiebereich.

- ... die Abschaffung sämtlicher Lenkungsabgaben im Energiebereich.
- ... die Aufhebung von Verboten im Energiebereich.

Religionspolitik ... die konsequente Trennung von Kirche und Staat.
... keinen Religionsunterrichts an staatlichen Schulen.

Familienpolitik ... die Einführung einer Individualbesteuerung.
... die rechtliche Gleichbehandlung von Ehe- und Konkubinatspaaren.
... den Zugang zum Adoptionsrecht für alle handlungsfähigen Volljährigen.

Wirtschaftspolitik ... die Senkung der Steuerbelastung von natürlichen und juristischen Personen.
... einen einheitlichen Mehrwertsteuersatz.
... die Senkung des administrativen Aufwandes für Unternehmungen.

Sozialpolitik ... die Individualisierung und Flexibilisierung der Altersvorsorge.
... Stärkung der eigenverantwortlichen Vorsorge durch steuerliche Anreize.

Drogenpolitik ... die koordinierte Legalisierung sämtlicher Drogen.
... Aufklärungsmassnahmen durch den Bund und die Kantone.

Europapolitik ... eine stärkere wirtschaftliche Kooperation der Schweiz mit dem Ausland.
... die Stärkung des Freihandels.
... keinen Beitritt der Schweiz zur EU.

Migrationspolitik ... die Beschleunigung der Asylverfahren.
... die Senkung des bürokratischen Aufwandes im Arbeitsbewilligungsverfahren.

Jugendpolitik

... eine lärmschutzfreie Ausgangszone.

... eine Reduktion bürokratischer Hürden für die Schaffung günstigen Wohnraums.